



Bundesamt für Sozialversicherungen  
Geschäftsfeld Familie, Generationen  
und Gesellschaft, Bereich Familienfragen  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

Per Mail: familienfragen@bsv.admin.ch

Bern, 15. März 2018

## **Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

### **Allgemeine Einschätzung**

Wir begrüssen die mit der Gesetzesänderung vorgeschlagenen Anpassungen. Diese schliessen bisherige Lücken im System und führen schlussendlich auch auf kommunaler Ebene zu Entlastungen der entsprechenden Systeme (vorwiegend Sozialhilfe).

### **Bemerkungen zu den einzelnen Elementen**

#### **Ausrichtung von Ausbildungszulagen (Artikel 3 E-FamZG)**

Die Vorlage sieht vor, dass die Eltern ab dem Zeitpunkt Ausbildungszulagen für Kinder erhalten, an dem ihre Kinder die nachobligatorische Ausbildung beginnen und das 15. Altersjahr vollendet haben. Wir begrüssen das Vorverlegen des Zeitpunkts für die Ausrichtung von Ausbildungszulagen. Die heutige Regelung ist stossend, da viele Kinder ihre nachobligatorische Ausbildung vor Vollendung des 16. Lebensjahrs beginnen und mit der nachobligatorischen Ausbildung häufig höhere Kosten anfallen. Das Ausrichten der höheren Zulagen ab Ausbildungsbeginn entlastet nicht nur Familien, sondern wirkt sich womöglich auch positiv auf das Gemeinwesen aus: es kann seine finanziellen Unterstützungsleistungen an bedürftige Familien mit Kindern in Ausbildung früher reduzieren. In diesem Zusammenhang



unterstützt der Städteverband auch die Weiterführung der heutigen Praxis, wonach für Kinder, die das 16. Altersjahr vollendet haben und noch die obligatorische Schule besuchen, ebenfalls Ausbildungszulagen ausgerichtet werden. Damit wird sichergestellt, dass der geplante Systemwechsel für diese Kinder keine Verschlechterung zur Folge hat.

Es ist anzumerken, dass die hier vorgeschlagene Änderung in verschiedenen Kantonen – etwa in der Waadt – ohnehin bereits anerkannte Praxis ist.

### **Anspruch auf Familienzulagen für arbeitslose Mütter (Artikel 19 E-FamZG)**

Der Städteverband unterstützt das politische Ziel, dass jedem Kind eine Zulage zuzusprechen ist und stimmt deshalb dem vorgesehenen Anspruch auf Familienzulagen für arbeitslose alleinstehende Mütter während des Bezugs der EO-Mutterschaftsentschädigung zu. Diese sollen als Nichterwerbstätige einen Anspruch auf Familienzulagen geltend machen können, sofern für den gleichen Zeitraum keine andere Person einen Anspruch auf Familienzulagen für dasselbe Kind hat. Die vom Bund geschätzten Mehrkosten für die Kantone belaufen sich auf 100'000 Franken und sind somit vertretbar.

Neben der inhaltlichen Zustimmung zu diesem Anspruch möchten wir darauf hinweisen, dass die Festlegung des massgebenden Einkommens keinen allzu grossen Verwaltungsaufwand auslösen darf. Insbesondere auch mit Blick auf die kurze Bezugsdauer dieser Zulage.

Unsere Mitglieder weisen auch darauf hin, dass durchaus noch weitere Lücken bestehen könnten im Familienzulagengesetz und weisen etwa auf die Witwenrenten hin. Wir leiten Ihnen die dazugehörige Stellungnahme der Gemeinde Münsingen in der Beilage weiter und bitten Sie den dort beschriebenen Sachverhalt zu prüfen.

### **Grundlage für Finanzhilfen an Familienorganisationen (Artikel 21f ff. E-FamZG)**

Wir unterstützen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Ausrichtung von Finanzhilfen an Familienorganisationen. Aus rechtstaatlicher Sicht ist dies erforderlich. Zutreffend ist zudem, dass sich das FamZG für die Integration einer solchen Bestimmung bestens eignet. Die Förderung von Aktivitäten in den Bereichen «Begleitung, Beratung und Bildung» sowie «Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung» erachten wir als richtig und wichtig.

### **Anträge**

Wir beantragen:

- ▶ **Prüfen allfälliger Gesetzeslücken in Zusammenhang mit Witwenrenten**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.



Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat  
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Beilage Stellungnahme der Gemeinde Münsingen

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband